

#### **4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit vom März 2020 bis Februar 2021**

KR-Nr. 39/2021

*Ratspräsident Roman Schmid:* Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch.

*Beat Habegger (FDP, Zürich), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK):* Trotz Zusatzbelastung durch die Corona-Pandemie hat die kantonale Verwaltung ihre Leistungen im vergangenen Jahr praktisch unverändert weitergeführt. Sie hat damit ihre Funktionsfähigkeit und Leistungskraft unter Beweis gestellt. Es ist uns ein Anliegen, den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihren grossen Einsatz im letzten Jahr zu danken. Die gemeinsame Subkommission von GPK und Finanzkommission, die zur Untersuchung der Notstandsmassnahmen während der ausserordentlichen Lage eingesetzt wurde, wird ihren Schlussbericht ebenfalls bald vorlegen.

Entscheidend für eine wirksame parlamentarische Oberaufsicht von Regierung und Verwaltung ist ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis zwischen den Institutionen. Dem Kantonsrat und der GPK stehen im Vergleich zur Verwaltung nur bescheidene Ressourcen zur Verfügung. Wir besitzen zwar weitreichende Auskunfts- und Informationsrechte; und auch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle und die Einsicht in ihre Prüfberichte mildern etwas die Einschränkungen, denen wir als Milizpolitikerinnen und -politiker ausgesetzt sind. Dennoch wäre die GPK ohne umfassende Kommunikation durch die Regierung in ihrem Wirken enorm behindert. Wir sind darauf angewiesen, dass Vorkommnisse nicht verschleiert werden, dass Tatsachen unverfälscht und ohne kommunikativen Spin dargelegt werden. Wir waren nicht immer vollständig zufrieden diesbezüglich im letzten Jahr und bitten den Regierungsrat, darauf in den nächsten Monaten vermehrt zu achten.

Neben dem Vertrauensverhältnis sehr wichtig ist auch der angemessene Umgang mit Fehlern und die Fähigkeit, aus solchen zu lernen. Für den Kanton Zürich arbeiten mehr als 35'000 Personen. Unser Budget beträgt mehr als 16 Milliarden Franken. Es ist offensichtlich und letztlich unvermeidlich, dass in einer solch grossen Organisation Dinge schief laufen. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Das tönt wie eine Binsenwahrheit, ist es aber nicht. Natürlich wollen wir keine Ausreden für schlampiges Arbeiten. Natürlich gilt es alles zu tun, damit Ziele erreicht und beschlossene Massnahmen umgesetzt werden. Aber es ist unglaublich, so zu tun, als ob immer alles perfekt laufen würde. Und es ist auch nicht nötig. Wir wünschen uns nämlich eine dynamische Verwaltung; mit Menschen, die etwas anpacken, auch mal etwas wagen und eben auch mal einen Fehler machen. Und zu einer guten Fehlerkultur gehört die Lernkultur: Fehler machen ist okay, solange aus den gemachten Erfahrungen etwas gelernt wird – aus guten und schlechten Erfahrungen, aus Erfolgen und Rückschlägen. Diese Fehler- und Lernkultur, wenn ich es mal so sagen darf, möchten wir noch mehr sehen in Regierung

und Verwaltung. Sie liesse sich auch expliziter verankern und systematischer managen. Hier steht der Regierungsrat in der Verantwortung, diese Kultur vorzuleben und sie in die Direktionen einzubringen.

Die GPK hat im letzten Jahr vier Prüfungen abgeschlossen; 15 Prüfungen sind am Laufen. Sie finden präzise und ausführliche Erläuterungen zu unseren Abklärungen im Bericht, der Ihnen allen vorliegt. Ich empfehle Ihnen diesen Bericht zur Lektüre, ich empfehle ihn auch der interessierten Öffentlichkeit zur Lektüre. Und insbesondere möchte ich den Präsidentinnen und Präsidenten der Kommissionen mitteilen, dass der Bericht zahlreiche Informationen enthält, die für die Sach- und Aufsichtskommissionen des Kantonsrates von grossem Interesse sein können.

Bei den abgeschlossenen Prüfungen haben wir einige erfreuliche Erfahrungen gemacht. So hat uns überzeugt, wie die Gesundheitsdirektion ihre Aufsichtsfunktion gegenüber dem Kinderspital wahrgenommen hat nach den Vorkommnissen am Herzzentrum des Spitals. Wir wurden transparent informiert über die angeordneten Massnahmen und die Umsetzung seitens des Spitals.

Auch abgeschlossen haben wir die Prüfung zur Aufsicht über die Bezirksbehörden. Die Justizdirektion hat mit den eingeleiteten Änderungen die Aufsichtstätigkeit konkretisiert und die zur Verfügung stehenden Mittel geschärft. Erwähnenswert ist auch, dass die Prüfung zu den Sicherheits- und Kommunikationsanlagen des Flughafengefängnisses ergeben hat, dass eine Übersicht zum Erneuerungsbedarf bei den Gebäuden und technischen Anlagen der Vollzugseinrichtungen im Kanton fehlt. Das Hochbauamt hat nun eine Instandhaltungsplanung in Angriff genommen, um diese Lücke zu schliessen.

Bei den laufenden Prüfungen gab es einige Geschäfte, die in der GPK zu intensiven, teils auch heftigen Diskussionen geführt haben. Ich möchte drei Geschäfte herausgreifen: Erstens hat sich die GPK erneut mit der Einführung des Elektronischen Patientendossiers befasst. Dabei ist die Gesundheitsdirektion offensichtlich mit schwierigen Umständen konfrontiert. Wie es um die Digitalisierung des schweizerischen Gesundheitswesens steht, haben wir im letzten Jahr alle erlebt. Das mittlerweile berühmte Faxgerät des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir brauchen dringend eine Digitalisierungsoffensive – im Gesundheitswesen ebenso wie an vielen anderen Orten unseres Gemeinwesens. Mit Blick auf die Situation im Kanton ist die GPK insbesondere besorgt über die Intransparenz zur finanziellen Lage der Betreiberin der Stammgemeinschaft, der Axsana AG. Auch die komplizierte Governance und die damit verbundenen begrenzten Steuerungsmöglichkeiten des Kantons werfen Fragen auf.

Zweitens ist die GPK besorgt über die Entwicklungen rund um die Beschaffung einer neuen Software für den Justizvollzug. Eigentlich war ja geplant, dafür eine Standardapplikation zu kaufen. Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass dies nicht mehr möglich ist und nun ein komplett neues Produkt entwickelt werden muss. Dieses wird in verschiedenen Bereichen der Justiz zum Einsatz kommen. Eine extern durchgeführte Analyse hat grosse Risiken festgestellt bezüglich der geforderten Leistungserbringung und der Akzeptanz der neuen Lösung in der Verwaltung. Die GPK erwartet, dass die IT-Kompetenz, die die Verwaltung im

Amt für Informatik über die letzten Jahre aufgebaut hat, angemessen in das Projekt einfließt. Wir sind zudem der Überzeugung, dass dieses Projekt – auch vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen – der Aufmerksamkeit des gesamten Regierungsrates bedarf. Wir werden dies auch in einem Schreiben an den Regierungsrat noch verdeutlichen.

Drittens noch einige Worte zum Innovationspark: Die GPK hat letztes Jahr erstmals Gebrauch gemacht von der Möglichkeit, der Finanzkontrolle einen Prüfauftrag zu erteilen. Es ging darum, abzuklären, ob das Projekt so aufgestellt ist, dass die Ziele und Interessen des Kantons bestmöglich unterstützt werden. Das Gutachten der Finanzkontrolle zeigt, dass gewisse Mängel bestehen, etwa bei der Durchsetzung der Wirkungsziele gegen den Willen der Stiftung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist für die GPK jedoch vor allem wichtig, dass diese Analyse in die breite Auslegeordnung zum weiteren Vorgehen beim Innovationspark einfließt. Und wir empfehlen der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*), die festgestellten Sachverhalte in ihren eigenen Beratungen dann zu berücksichtigen.

Damit schliesse ich meine Ausführungen zu unserem Tätigkeitsbericht. Ich möchte zum Schluss nochmals danken: den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, die mit Sachverstand und Einsatz für den Kanton arbeiten, den Mitgliedern des Regierungsrats für die insgesamt konstruktive Zusammenarbeit und den Parlamentsdiensten, insbesondere unserem GPK-Sekretär Christian Hirschi, für die hervorragende Arbeit und die ausgezeichnete Unterstützung der Kommissionstätigkeit. Vielen Dank für die Kenntnisnahme und Ihre Aufmerksamkeit.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Ich werde nun zuerst den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern das Wort geben, dann den GPK-Mitgliedern und dann ist das Wort frei im Rat. Zu diesem Geschäft begrüsse ich auch die anwesenden Mitglieder des Regierungsrates, herzlich willkommen im Kantonsrat.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Im Zentrum unserer Tätigkeit als GPK steht die parlamentarische Kontrolle von Regierungsrat und Verwaltung. Um unsere Prüfungstätigkeit wahrnehmen zu können, sind wir darauf angewiesen, dass Regierungsrat und Verwaltung proaktiv, offen und transparent über ihre Tätigkeit informieren. Grundsätzlich stellt die SVP fest, dass dies geschieht, dass es eine kooperative und offene Zusammenarbeit zwischen GPK und Regierungsrat gibt, mit wenigen Ausnahmen. Der Tätigkeitsbericht gibt einen guten Einblick in die abgeschlossenen laufenden Prüfungen und wie sich die Zusammenarbeit gestaltet hat oder sich noch gestaltet. Ich möchte hier ein paar Beispiele aufgreifen, zum Beispiel den Bericht über die Organisationsentwicklung am Kinderspital, sie wurde vorhin erwähnt. Die GPK hatte 2019 von der Gesundheitsdirektion verlangt, den Handlungsbedarf in Bezug auf die Vorkommnisse am Kinderspital aufzuzeigen. Und in ihrer Schlussfolgerung schreibt die GPK, ich zitiere: «Die Kommission wurde seitens der Gesundheitsdirektion transparent und übersichtlich über ihre Forderungen und Massnahmen informiert. Die Kommission erachtet sowohl das durch die Gesundheitsdirektion geführte Aufsichtsverfahren als auch die Orientierung der Geschäftsprüfungskommission durch die Direktion sowie die

diesbezüglich seitens der Direktion erhaltenen Informationen als vorbildlich.» Auch Gutes soll gesagt sein.

Auch zum Bericht über die Abfindungen für das kantonale Personal wünschte die GPK von der Finanzdirektion eine Orientierung über Prozess und Bemessungen von Abfindungen. Auch hier halten wir in der Schlussfolgerung auf Seite 18 fest: Die Kommission schätzt die transparente und umfassende Information durch die Finanzdirektion und schliesst hiermit diese Prüfung ab. Es ist uns wichtig zu sagen, dass diese Transparenz und dieses proaktive Informieren in der Vergangenheit gut geklappt haben.

Im Fall der Weiterentwicklung des kantonalen Immobilienmanagements wurden wir dank der Finanzkontrolle auf eine kritische Feststellung aufmerksam gemacht. Hier wünschten wir uns natürlich eine proaktivere Kommunikation, allerdings muss ich hier die Baudirektion in Schutz nehmen. Es steht hier im Tätigkeitsbericht, dass wir das als schlecht einschätzen. Allerdings muss ich sagen, dass sich die Baudirektion danach sehr offen und transparent gezeigt und auch den Sachverhalt rasch geklärt hat. Wir blicken hier auf eine gute Zusammenarbeit und auch hier möchte ich mich herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken.

Verbesserungspotenzial sehen wir in der Direktion der Justiz und des Innern bezüglich der Fachapplikation Justizvollzug. Hier wünschten wir uns eine proaktivere und offenere Kommunikation. Es scheint uns aus Sicht der SVP, dass hier noch eher ein Gegeneinander als ein Miteinander stattfindet. Hier möchten wir unbedingt festhalten, was die Meinung der SVP hierzu ist. «Die Geschäftsprüfungskommission» – ich zitiere Seite 39 – erwartet von der zuständigen Direktion eine lückenlose Information und Klärung der offenen Fragen, bevor weitere Schritte eingeleitet werden. Zudem erwartet sie, dass der Werkvertrag nicht unterzeichnet wird, bevor die offenen Fragestellungen geklärt sind.»

Als sehr positiv bewerten wir die Arbeit des Amtes für Informatik (*AfI*). Wir sind dort mit dem Controlling-Konzept sehr zufrieden. Auch hat sich dieses Amt in der Verwaltung gut etabliert.

Bauchweh macht uns das Elektronische Patientendossier, das aufgrund der komplexen Organisationsstruktur und zahlreichen Verantwortlichkeiten schwierig zu kontrollieren ist. Allerdings – es wurde erwähnt – sind wir der Meinung, dass die Gesundheitsdirektion hier sehr genau hinschaut und eine gute und laufende Risikoanalyse vornimmt und die GPK auch transparent informiert.

Abschliessend möchte ich im Namen der SVP festhalten, dass die SVP die Zusammenarbeit mit Regierungsrat, mit dem gesamten Regierungsrat als gut bis sehr gut bewertet. Sie bedankt sich bei jedem Einzelnen für die offene und transparente Kommunikation.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf):* Der Aufsichts- und Tätigkeitsbereich der GPK und somit auch der Bericht darüber sind äusserst umfangreich, entsprechend vielfältig fällt auch der Bericht aus. Natürlich, ein Teil der Aufsicht ist Teil einer Routine und, sofern alles nach Plan läuft, relativ unspektakulär. Doch trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist die Arbeit sehr vielfältig und es ist spannend,

einen Einblick in die Arbeit des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung zu erhalten.

Diesbezüglich lässt sich sagen, dass wir über einen engagierten Regierungsrat und eine Verwaltung verfügen, welche sich gerade im vergangenen Jahr als flexibel und belastbar beweisen konnte. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der SP-Fraktion beim Regierungsrat und der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ausdrücklicher Dank gilt auch unserem GPK-Sekretär Christian Hirschi und den Parlamentsdiensten, welche uns stets unterstützen und unsere Arbeit ermöglichen und erleichtern.

Im Grundsatz können wir also ein positives Fazit ziehen. Und gerade angesichts der zusätzlichen und teils unerwarteten Aufgaben und Herausforderungen der Corona-Krise können wir bei gewissen Verzögerungen oder anfänglichen Unsicherheiten auch etwas Nachsicht gelten lassen. Interessant ist, dass gerade in der Krise der Regierungsrat bewiesen hat, dass er bei gewissen Herausforderungen – wenn er denn will – an einem Strang ziehen und geeint auftreten kann, doch vor oder nach der Krise zeigt sich leider: Öfters will er nicht. Entsprechend bleibt zu wünschen, dass gerade bei Querschnittsbereichen wie dem Personalwesen oder dem Immobilienmanagement eine gewisse Vereinheitlichung angestrebt wird. Hier sieht die GPK nach wie vor Handlungsbedarf.

Eine weitere Thematik, die uns schon länger beschäftigt, ist das Projekt zur Einführung eines Elektronischen Patientendossiers. Wie vom Kommissionspräsidenten bereits ausgeführt, beschäftigte sich die GPK im vergangenen Jahr mit diversen Fragen zur Organisationsstruktur und Finanzierung des geplanten Projekts. Mit Sorge betrachten wir den nur schleichenden Fortschritt dieses Projekts und die Intransparenz seitens der Axsana AG. Das Geschäft ist für die Gesundheitsdirektion eine Herausforderung, das ist anzuerkennen. Ausserdem – positiv zu vermerken – informierte sie bei neuen Entwicklungen jeweils proaktiv. Allerdings bleibt der Eindruck, dass die Zusammenarbeit zwischen der Gesundheitsdirektion und der Axsana AG auch angesichts der Vorgeschichte noch immer zu wünschen übriglässt. Es ist höchste Zeit für vollständige Transparenz und eine realistische Analyse der realen Verhältnisse, des Zeitplans und der Möglichkeiten zur Einführung eines Elektronischen Patientendossiers. Natürlich gilt es beim Fortschreiten des Projekts darauf zu achten, dass nicht weiter gemurkst wird und eine sichere, auf Freiwilligkeit basierende Lösung gefunden wird. Hier bleibt aus SP-Sicht darauf hinzuweisen, dass dieses Projekt exemplarisch aufzeigt, dass das Outsourcing solcher IT-Projekte an Private also nicht per se zu mehr Effizienz und Expertise führt, sondern auch zu hohen Kosten, Intransparenz und Steuerungsschwierigkeiten führen kann. Wir begrüssen es, dass die GPK dieses Projekt weiterhin kritisch begleiten wird.

Schwierigkeiten im IT-Bereich zeigen sich auch bei den juristischen Fachapplikationen der Direktion der Justiz und des Innern. Es kam zu Verzögerungen und Problemen bezüglich des Projektfortschritts. Auch hier benötigt es Transparenz und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Schwachstellen der bisherigen Projektplanung. Die GPK wird an der Thematik dranbleiben.

Ein weiteres, uns seit einer langen Zeit begleitendes Projekt ist der geplante Innovationspark Zürich. In der Öffentlichkeit wurde es zwar letzts eher ruhiger um den Innovationspark. Hinter der Kulisse scheint es zwar nicht ruhig, aber eher schleppend zu verlaufen. Die GPK hat sich im Berichtsjahr mit der Steuerung beispielsweise dem Controlling der für den Innovationspark zuständigen Stiftung durch den Kanton befasst und dabei auch die Finanzkontrolle beauftragt. Es stehen weitere Abklärungen im Bereich des Controllings und der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und der Stiftung an, mit welchen sich die GPK auch befassen wird. In Anbetracht der anstehenden Beratungen im Kantonsrat zum Verpflichtungskredits des Kantons ist es zentral, dass auch hier eine transparente Kommunikation und der Miteinbezug der Anliegen der Bevölkerung priorisiert werden. Darauf werden wir ein Auge behalten und begrüßen die weitere Begleitung des Projekts.

Zu weiteren Untersuchungen der GPK wird sich mein Fraktions- und Kommissionskollege Davide Loss noch äussern. Die SP wird den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis nehmen. Besten Dank.

*Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon):* In der Annahme, dass Sie diesen Geschäftsbericht der GPK gelesen haben, verzichte ich jetzt auf eine Zusammenfassung. Die GPK hat sich im vergangenen Berichtsjahr mit vielfältigen und interessanten Themen beschäftigt. Für mich persönlich war es das erste Jahr in der GPK und es bedurfte einiger Zeit, sich in die vielen verschiedenen Aufgabenstellungen einzuarbeiten. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen der Kommission für ihre Geduld und Unterstützung.

Ich erlaube mir aus dem breiten Spektrum 3 Prüffragen auszuwählen und kurz zu kommentieren: Beenden konnten wir – das haben Sie auch schon gehört – die Prüfung des Organisationsentwicklungsprozesses am Kinderspital. Im Sommer 2019 hat diese nach Medienberichten ihren Anfang genommen, und die GPK verfolgte im Anschluss daran im Rahmen ihrer Oberaufsicht den Ablauf des Aufsichtsverfahrens sowie die Massnahmen, welche die Gesundheitsdirektion ergriffen hat. Im Berichtsjahr entschied die Kommission, dass sie nach mehrmaliger transparenter Information durch die Gesundheitsdirektion die Prüfung zum Abschluss bringen kann. Weshalb erwähne ich das hier? Es soll als positives Beispiel vorangehen, und zwar soll es im Hinblick auf die besonderen Vorkommnisse in einzelnen Kliniken des Universitätsspitals Zürich zeigen, dass auch diesem Geschäft eine gute Prognose gestellt werden kann, wenn sich die involvierten Parteien an die von der ABG (*Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit*) vorgeschlagenen Entwicklungshinweise und -empfehlungen halten.

Zu den laufenden Prüfungen: Schon letztes Jahr – wie auch dieses Jahr wieder, Sie haben es von meinen Vorrednern und meiner Vorrednerin gehört – wurde von fast allen Mitgliedern der GPK das Elektronische Patientendossier thematisiert. Vor einem Jahr war die Stimmung in der GPK vorsichtig optimistisch, dass die Kommission durch eine Art Vermittlerrolle die Parteien in die richtige Richtung weisen kann. Heute müssen wir aber feststellen, dass die Geschichte «never ending» sein könnte. Niemand scheint ein Tool entwickeln zu können, welches

simpel persönliche Gesundheitsdaten sammelt und in übersichtlicher, strukturierter Form den Gesundheitseinrichtungen und der Patientin oder dem Patienten selber zur Verfügung stellt. Dies zeigt, wie schwer sich die öffentliche Hand mit der IT und mit IT-Entwicklungsvorhaben tut. Wir sehen dies ja auch bei der Fachapplikation Justizvollzug, auch davon haben Sie schon gehört, oder ganz aktuell beim Tool zur Online-Impfanmeldung. Es sind keine Ruhmesblätter. Die GPK wird in allen diesen IT-Bereichen leider weiterhin kritisch hinschauen müssen.

Und mein drittes Thema: Wie Sie wissen, amten einzelne Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission als Referentin respektive Referent für die einzelnen Direktionen. Ich bin Referentin für die Baudirektion und äussere mich daher auch noch zu einem Prüfthema aus dieser Direktion: die Weiterentwicklung des kantonalen Immobilienmanagements. Mit Regierungsratsbeschluss Nummer 1039 von Ende Oktober letzten Jahres ist das Projekt abgeschlossen worden und die Geschäftsprüfungskommission ist ganz grundsätzlich sehr zufrieden. Weniger zufrieden war die GPK im vergangenen Berichtsjahr mit der Kommunikation zwischen der Baudirektion und der Kommission. Wir wurden durch eine Information aus der Finanzkontrolle auf heikle Punkte aufmerksam und wir hätten uns doch sehr gewünscht, wenn wir dies direkt von der Direktion erfahren hätten. Die Baudirektion steht aber leider nicht allein, bei fast allen Direktionen war im Berichtsjahr die aktive, frühzeitige Information zu bemängeln. Die Zusammenarbeit zwischen der GPK und der Regierung muss im Dialog erfolgen, auch das haben Sie von meinen Vorrednern bereits gehört. Wir hatten aber manchmal das unerschwellige Gefühl, dass das Vertrauen der Gegenseite in die Kommission manchmal nicht ganz vorhanden sei. Wir wünschten uns ein partnerschaftliches Rollenverständnis mit gegenseitigem Respekt, mit dem heutigen Modewort ausgedrückt, wir haben es auch schon mehrmals gehört: Wir erwarten proaktive Orientierung. Auch in den Augen der FDP kann die Kooperation zwischen der GPK und der Verwaltung nur gelingen, wenn der Austausch offen und transparent erfolgt. Die Geschäftsprüfungskommission soll frühzeitig informiert werden über Veränderungen oder allfällige Schwierigkeiten, denn eine Kontrolle ist nicht per se reaktiv, sie kann auch begleitend oder gar vorausschauend stattfinden.

Bevor ich zu meinem Dank komme, möchte ich aber noch offiziell zu Protokoll geben, dass wir letzte Woche – bereits ausserhalb des Berichtsjahres des vorliegenden Berichtes – ein Gespräch mit der Baudirektion hatten, in welchem wir die Thematik geklärt haben, und ich bin sicher, dass wir nun auf gutem Weg sind.

An dieser Stelle bedanke ich mich als Mitglied der GPK und im Namen der FDP-Fraktion bei allen Beteiligten, allen voran bei unseren engagierten Regierungsrätinnen und Regierungsräten, für die gute Zusammenarbeit und hoffe in Zukunft auf noch mehr Offenheit. Herzlichen Dank auch an das Kommissionssekretariat, namentlich an unseren Sekretär Christian Hirschi sowie an die Protokollführerinnen Pierrine Ruckstuhl und Barbara Sabel Bucher, sie unterstützen uns hervorragend. Ebenfalls danken wir allen Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die FDP nimmt den Bericht der GPK wohlwollend zur Kenntnis und bittet Sie, dasselbe zu tun.

*Daniel Hodel (GLP, Zürich):* Vor Ihnen liegt die Berichterstattung über zwölf Monate Oberaufsicht. Die gut 50 Seiten geben einen Überblick über die umfangreiche Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommission. Der Bericht ist relativ detailliert. Dennoch möchte ich auf ein paar Geschäfte noch etwas tiefer eingehen und zum Schluss eine persönliche Einschätzung über die Verfassung oder die Fitness der kantonalen Verwaltung abgeben. Ich muss es leider bereits jetzt ankündigen: Ich werde die Möglichkeit einer zweiten Wortmeldung ausschöpfen müssen. Auch wenn ich versuche, mich kurz zu halten, ist doch die kurze Redezeit nicht adäquat, um etwas konkreter auf die Geschäfte der GPK einzugehen. Ich möchte Ihnen zu folgenden Themen eine ergänzende Sicht zur Abhandlung im Bericht geben: Zum einen haben wir das Elektronische Patientendossier, dann ein paar Worte zum Innovationspark, etwas zur Aufsicht über den Nachrichtendienst und zu guter Letzt zur Fachapplikation Justizvollzug. Nehmen Sie es mir nicht übel, geschätzte Mitglieder des Regierungsrates, dass ich an dieser Stelle nur auf Themen eingehe, die in meinen Augen in Schieflage sind. Ich muss zum Glück auch hierbei nicht ganz so diplomatisch sein wie unser Präsident.

Zum EPD: Die von Zürich angeschobene Lösung zum Elektronischen Patientendossier liegt auf der Intensivstation. Die Geburt der Axsana mit der männlichen Hebamme Heiniger (*Altregierungsrat Thomas Heiniger*) war schon dramatisch, die Finanzierung abenteuerlich. Heute, ein paar Jahre später, müsste wohl von einer Totgeburt gesprochen werden. Aber die Maschinen laufen noch. Und solange noch neue Mittel gesprochen werden, besteht ein Funken Hoffnung, mehr nicht. Hier lautet die Frage für die Zukunft: Wann ist Schluss? Oder kommt jetzt der Befreiungsschlag? Ich beneide die Gesundheitsdirektion nicht um die Adoption dieses Kindes. Hier muss ich als liberal denkender Politiker sagen, dass die pseudoliberalen Strukturen mit dem Versuch, einen Markt zu erzeugen, sehr unvorteilhaft sind. Der Regierung sind so die Möglichkeiten der Führung abhandengekommen, die Axsana macht, was sie will, die Cantosana ist handlungsunfähig und die parlamentarische Kontrolle wurde schlicht eliminiert. Die ganzen Rahmenbedingungen rund um das EPD sind derart in Schieflage, dass das ganze Vorhaben zurück an den Bund gewiesen werden sollte. Er muss nochmals über die Bücher.

Ähnliches gilt für das zweite Thema, den Innovationspark. Das einzig Innovative, das ich im Moment dort beobachten kann, sind die implementierten Strukturen, um Transparenz und Kontrolle über die vom Kanton zur Verfügung gestellten Gelder zu verunmöglichen. Um wirklich Innovation zu fördern, sollten wir uns auf schlanke, innovationsfördernde gesetzliche Rahmenbedingungen konzentrieren, um so die Innovationskraft der Privatwirtschaft mit einer blühenden Start-up-Szene zu ermöglichen. Die nun implementierten Organisationsstrukturen mit den immer gleichen bekannten Gesichtern an den Schalthebeln ist hierfür nicht förderlich. Sollte es tatsächlich einen Neustart geben, dann bitte richtig. Obwohl nochmals: Staatliche Förderung der Innovation sollte sich lediglich in optimalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ausdrücken.

Weiter möchte ich ein paar Worte zum heiklen Thema Nachrichtendienst verlieren. Hier dürfen wir nicht der Illusion verfallen, dass die GPK eine sinnvolle



Oberaufsicht wahrnehmen kann. Die Mittel und die Möglichkeiten sind zu beschränkt. Der Gesetzgeber muss sich dringend überlegen, wie eine sinnvolle Aufsicht gewährleistet werden könnte: Indem ein kleines Grüppchen periodisch Einblick in ein paar ausgedruckte Listen im Auftrag des Bundes im dunkel operierenden kantonalen Nachrichtendienst nehmen darf? Das kann es ja wohl nicht sein. Davon sollte sich die GPK distanzieren, ansonsten entsteht ein falscher Eindruck. Handlungsbedarf besteht.

Nun komme ich noch zu einem Thema, das mich persönlich sehr ärgert, die Fachapplikation Justizvollzug. Hierbei ist derart viel schiefgelaufen, dass man allein darüber gut und gern ein paar Stunden reden sollte. Das ganze Debakel mit RIS2 (*Rechtsinformationssystem*) ist wohl den meisten noch bekannt. Nun reden wir nicht mehr vom RIS2, dafür vom JURIS X. Es soll also etwas Neues aufgetischt werden, die Zutaten versprechen aber nichts Gutes. Ich habe zu viele IT-Projekte bei Bund und Kanton gesehen, die mit den immer gleichen Fehlern enthusiastisch gestartet werden und dann in ein finanzielles Desaster führen. Die GPK wurde spät involviert, zu spät. Ich hoffe, das Parlament bringt die Direktion der Justiz und des Innern zur Vernunft. Das aufgegleiste Projekt ist grenzwertig, die Submission, die nun zu JURIS X führen soll, äusserst fragwürdig. Besten Dank fürs Erste, ich komme wieder.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg):* Sofern Sie den Bericht der Geschäftsprüfungskommission gelesen haben, konnten Sie feststellen, dass etliche Geschäfte seit Jahren als Dauerbrenner im Tätigkeitsbericht aufgeführt sind. Zum Teil liegt es in der Natur der Sache und zum Teil liegt es einfach auch daran, dass einzelne Geschäfte, aus welchem Gründen auch immer, seitens der verantwortlichen Direktionen unserer Meinung nach nicht mit dem nötigen Biss vorangetrieben werden. So wird sich die GPK wohl noch eine längere Zeit mit dem kantonalen Personalwesen, der Fachapplikation Justizvollzug oder etwa dem Elektronischen Patientendossier beschäftigen müssen.

Bei den laufenden Geschäften befasste sich die GPK ebenfalls nochmals mit dem Kantonalen Lehrmittelverlag Zürich (*LMVZ*). Der Kantonsrat hat 2016 die rechtliche Verselbstständigung des Lehrmittelverlags beschlossen. Die öffentlich-rechtliche Anstalt sollte per 1. Januar 2019 in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft überführt werden. Nachdem dies auch per 1. Januar 2020 nicht realisiert werden konnte, beschloss die Geschäftsprüfungskommission, sich näher mit der Verselbstständigung des Verlags zu befassen. Die GPK interessierte insbesondere das Vorgehen der Bildungsdirektion bei der Verselbstständigung, die Geschäftsführung und Liquidität sowie mögliche Interessenkonflikte und liess sich dazu von der Bildungsdirektion informieren. Diese beauftragte ein externes Beratungsunternehmen für eine Analyse zur Entwicklung des Lehrmittelverlags und der politischen Rahmenbedingungen. Nun stellte sich heraus, dass sich die Verselbstständigung um weitere drei bis vier Jahre verzögern wird. Die GPK begrüsst diese Prüfung seitens der Regierung grundsätzlich, sie fragt sich jedoch, ob eine externe Überprüfung nicht zu einem viel früheren Zeitpunkt hätte durchgeführt werden müssen. Es braucht jetzt dringend ein klares Konzept, um eine funktionierende

Überführung des LMVZ in eine AG zu gewährleisten. Gemäss GPK ist aus heutiger Sicht noch vieles im Diffusen. Die Frage sei hier erlaubt, wer wem auf der Leitung steht. Die FDP sieht das Problem der Umsetzung in der Governance rund um die Lehrmittelbeschaffung und der Frage, welche Rolle der Kanton weiterhin spielen wird. Dazu haben Marc Bourgeois und Mitunterzeichnende bereits eine Interpellation (*KR-Nr. 47/2020*) eingereicht, welche ebenfalls heute noch traktandiert ist. Ungeachtet dieser Interpellation wird auch die GPK dieses Geschäft weiterhin begleiten. Nachdem nun die Verselbstständigung beschlossene Sache ist, wünschen wir uns, dass hier nicht nur ein, sondern zwei Gänge hochgeschaltet wird, damit die Verselbstständigung zügiger vorangehen wird.

Die Grüne/CSP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht zur Kenntnis und dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Ein weiterer Dank geht insbesondere an unser Kommissionssekretariat, an Christian Hirschi, und an die Parlamentsdienste. Ihre Unterstützung bei unseren zahlreichen Sitzungen und Geschäften ist sehr wertvoll und wird ebenfalls sehr geschätzt. Besten Dank.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Wie Sie dem Bericht der GPK entnehmen können, haben wir eine Vielzahl von Themen beraten. Beginnen will ich zuerst einmal mit ein paar Dankesworten, nämlich: Ohne eine gute Zusammenarbeit einerseits mit dem Regierungsrat wie auch mit der Finanzkontrolle sowie mit der Hilfe der Parlamentsdienste wäre unsere Arbeit nicht möglich. Zu Beginn möchte ich auf einige positive Punkte eingehen: Einerseits hinterlässt das kantonale Immobilienamt zurzeit einen guten Eindruck. Die Baudirektion ist dort gut unterwegs, und trotz des im Bericht erwähnten Kritikpunktes, den die Baudirektion nach der Fertigstellung des Berichts zu unserer Zufriedenheit klären konnte, denken wir, dass wir auf gutem Weg sind. Ebenfalls einen positiven Eindruck hinterlässt das zweite grosse interdepartementale Projekt: Das Amt für Informatik ist unserem Eindruck nach gut aufgestellt. Der Rollout der verschiedenen Direktionen ist zurzeit am Laufen und das Controlling funktioniert soweit. Wir haben den Eindruck, dass dieses Amt im Moment gut geführt ist und dass wir hier auf gutem Weg sind, werden es aber sicher auch weiter begleiten.

Kommen wir nach diesen Einführungen zu ein paar eher negativen – gut, «negativ» ist vielleicht ein bisschen ein schlechtes Wort –, zu ein paar Punkten, wo wir genauer hinschauen müssen: Einerseits wurde hier der Innovationspark erwähnt. Uns von der AL scheint es, dass hier ein grösserer Wasserkopf auf unbestimmte Zeit beschäftigt ist. Uns überzeugt die aktuelle Organisationsstruktur des geplanten Innovationsparks nicht. Auch lesen sich die verantwortlichen Stellen und Personen eher wie ein «Who is who?» beziehungsweise man hat gewisse Déjà-vus bei den verantwortlichen Stellen.

Ebenfalls kritisch betrachten wir das Elektronische Patientendossier. Komplizierte Organisationsstrukturen sind hier implementiert. Es gibt eine Wechselwirkung zwischen der Cantosana und der Axsana, die Cantosana als Zuständigkeit der Stammgemeinschaft und die Axsana als Betreiberin. Auch dass sich hier der FDP-Ex-Regierungsrat Thomas Heiniger einen Platz nach seinem Amt gesichert

hat, macht die Sache nicht einfacher. Die Struktur sowie die Finanzierung sind undurchsichtig. Zuerst wurde uns zugesichert, dass die Axsana gut finanziert sei und dass man die Finanzierung sicherstellen könne. Wie sich jetzt langsam erweist, ist dem nicht so, und die Axsana gerät allenfalls in finanzielle Schwierigkeiten. Auch ist uns komplett unklar, auf wann nun wirklich das Elektronische Patientendossier steht. Das ganze Projekt ist ein Beispiel für ein schlecht ausge-reiftes Projekt beziehungsweise eine schlecht aufgegleiste Zusammenarbeit oder ein schlecht aufgegleistes Outsourcing von staatlichen Aufgaben.

Breit diskutiert wurde und wird ebenfalls die neue Justizfachapplikation. JURIS X ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt des bereits gescheiterten Projekts RIS2 unter genauer Beobachtung unserer Kommission und bedarf der engen Begleitung unsererseits.

Ebenfalls erwähnte wurde auch der Lehrmittelverlag beziehungsweise dessen Verselbstständigung. Hier ist seitens der AL festzuhalten, dass wir diese für ein gescheitertes Projekt halten. Wir sind der Meinung, dass hier vorwärts geschaut werden muss. Eine Verselbstständigung des Lehrmittelverlags ist nicht mehr Gebot der Stunde. Wir sollten uns hier auf andere Punkte konzentrieren.

Ich komme hiermit zum Ende: Die Alternative Liste wird den Bericht der GPK so zur Kenntnis nehmen. Besten Dank.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Zuallererst bedanke ich mich ganz herzlich bei unserer Protokollführerin, Frau Pierrine Ruckstuhl, welche leider zur KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) gewechselt hat. Und ein Dankeschön an unsere neue Protokollführerin, Frau Barbara Sabel Bucher, welche nahtlos übernommen hat. Lob und Dank auch an Herrn Daniel Bitterli, der seine umsichtige Sekretariatsführung an Herrn Christian Hirschi, unseren neuen Sekretär, übergeben hat. Die Parlamentsdienst-Sekretärinnen und -sekretäre sind das Herz der Kommissionen und manchmal noch etwas mehr. Haben Sie grossen Dank für Ihre hervorragende Arbeit, sehr geehrte Herren Bitterli und Hirschi.

Auch in dieser Berichtsperiode musste sich die Geschäftsprüfungskommission mit mehreren grösseren Geschäftsvorgängen etwas detaillierter befassen. Dabei durfte sie sich wieder auch die Sach- und Fachkenntnisse und eine fundierte und schürfende Prüfungstätigkeit der Finanzkontrolle des Kantons Zürich stützen. Herzlichen Dank an die bei diesen Prüfungsvorgängen involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzkontrolle und ganz besonders an ihren Leiter, Herrn Martin Billeter, und seinen Stellvertreter, Herrn Daniel Strebel. Anlässlich dieses Votums tue ich nun etwas, was ich in meiner bisherigen Ratstätigkeit noch nie getan habe und hoffentlich auch nicht mehr tun muss: Ich wiederhole nun einen Teil meines letztjährigen Votums: Transparenz seitens Regierung und Verwaltung, aber auch seitens der Oberaufsicht des Kantonsrates ist von grösster Bedeutung für die Gewährleistung des Vertrauens von Bürgern und Einwohnern unseres Kantons in die staatlichen Gewalten. Die Geschäftsprüfungskommission muss sich mit Themenfeldern befassen, in welche die Öffentlichkeit nur sehr begrenzten Einblick hat, etwa aufgrund der hohen Vertraulichkeit oder dem Schutz

von Persönlichkeitsrechten. Und so walten die einzelnen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission auch als Referenten und Referentinnen respektive deren Stellvertreter für die einzelnen Direktionen und die Staatskanzlei. Dieses Referentensystem hilft meines Erachtens ganz besonders bei der Bearbeitung heikler Geschäfte und Vorfälle, welche die GPK bearbeiten muss oder will. Gegenseitiger Respekt und Vertrauen zwischen unseren Magistratinnen und Magistraten und den einzelnen Referenten und Referentinnen sind dabei von grösster Bedeutung für die Tätigkeit – ich nenne sie extra nicht «Kontrolltätigkeit» – unserer Geschäftsprüfungskommission. Dafür braucht es aber auch als Grundlage ein Verständnis für das Handeln der Oberaufsicht des Kantonsrates. Und dafür bedanke ich mich bei den Regierungsrätinnen und Regierungsräten – Ende der Wiederholung.

Erlauben Sie mir nun, kurz auf eine abgeschlossene Prüfung der GPK einzugehen, welche durch einen sachlichen und sehr gut recherchierten Medienbericht initiiert wurde, zu den Sicherheits- und Kommunikationsanlagen des Flughafengefängnisses. Eine Pendenz – so nennen wir eine durch unsere Kommission eröffnete Untersuchung –, welche nach der Flucht von drei Insassen aus dem Flughafengefängnis vom 8. Juni 2019 eröffnet werden musste, konnte in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung des Flughafengefängnisses, der Leitung des Amtes für Justizvollzug und Wiedereingliederung und dem Hochbauamt aufgearbeitet und abgeschlossen werden. Im Rahmen dieser Prüfung stellte die GPK auch fest, dass dem Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung eine umfassende Übersicht über den Erneuerungsbedarf bei den Gebäuden und technischen Anlagen der Vollzugseinrichtungen im Kanton Zürich fehlte. Dazu hat das Hochbauamt eine Instandhaltungsplanung an die Hand genommen, welche in eine Gesamtstrategie in Bezug auf Planung, Beschaffung und Realisierung der Sicherheitsanlagen in unserem Kanton einfließen soll. Und was sich anhand dieses Falles gezeigt hat, ist, wie wichtig und wie hilfreich eine seriöse Berichterstattung seitens der Medien für das Aufdecken und Beheben von Defiziten bei staatlichem Handeln sein kann. Anstatt einen reisserischen Bericht zu verfassen, hat nach diesem Gefängnisausbruch vom 8. Juni 2019 ein Reporter von «TeleZüri» sehr seriös und detailliert recherchiert. Und wohl nur aufgrund seiner fundierten Recherche wurde die Geschäftsprüfungskommission auf den Vorfall und vermutete Defizite aufmerksam und hat ihrerseits eine Untersuchung eingeleitet. Fazit, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte und geschätzte Medienschaffende im Rat, kein Boulevard-Journalismus, sondern eine seriöse und fundierte dreiminütige Berichterstattung seitens der Medien gab die Initialzündung zur zielführenden Abklärung durch die GPK und das Beheben von Defiziten. Danke, TeleZüri.

Zu zwei noch laufenden Prüfungen unserer Kommission werde ich in meiner Republik auf zwei meiner Vorredner in meinem zweiten Votum noch kurz Stellung nehmen.

*Davide Loss (SP, Adliswil):* Es freut mich – und das meine ich wirklich ernst –, dass der Regierungsrat dem Tätigkeitsbericht der GPK mit seiner Präsenz heute Morgen so grosses Interesse entgegenbringt. Auch von meiner Seite her möchte

ich dem Regierungsrat für sein engagiertes Wirken zum Wohl des Kantons Zürich und für die Zusammenarbeit mit der GPK danken. Die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung gestaltet sich nicht immer einfach, das muss ich Ihnen sagen. Als Glanzstück kann wohl die Oberaufsicht über das von der GPK eingeleitete Aufsichtsverfahren nach einem Personalkonflikt am Herzzentrum des Kinderspitals genannt werden. Die Gesundheitsdirektion informierte die GPK zeitnah und transparent über den Stand des von ihr eingeleiteten Aufsichtsverfahrens. Dabei begleitete die Gesundheitsdirektion den Prozess zur Organisationsentwicklung am Kinderspital kritisch, aber mit dem notwendigen Pragmatismus. Die GPK konnte ihre Untersuchung mit Befriedigung abschliessen.

Ebenfalls befriedigend war die Untersuchung über den Einsatz der Sicherheits- und Kommunikationsanlagen des Flughafengefängnisses. Anlass für die Abklärungen war die Flucht von drei Insassen des Flughafengefängnisses am 8. Juni 2019 und der vom Regierungsrat beschlossene Ersatz der Sicherheits- und Kommunikationsanlagen sowie deren bauliche Instandsetzung. Die GPK stellt mit Befriedigung fest, dass bezüglich der Sicherheits- und Kommunikationsanlagen in den kantonalen Vollzugseinrichtungen seitens des Hochbauamtes eine Instandhaltungsplanung an die Hand genommen wurde.

Handlungsbedarf besteht seitens der GPK bei der Einschätzungs- und Veranlagungspraxis des Steueramtes. Die GPK erhielt zahlreiche Hinweise auf verzögerte Rechnungsstellungen von Steuerforderungen, insbesondere bei den Quellensteuern. Es gingen mehrere Aufsichtseingaben aus der Bevölkerung bei der GPK ein. Obwohl das Problem erkannt ist, bestehen jedoch nach wie vor teils grosse zeitliche Verzögerungen bei den Einschätzungen beziehungsweise Veranlagungen und Rechnungsstellungen, was bei den Schuldnerinnen und Schuldner zu Problemen führen kann. Dabei spielt auch die Aufgabenteilung zwischen den Gemeindesteuerrämern und dem kantonalen Steueramt eine wesentliche Rolle. Die GPK wird diese Untersuchung in diesem Jahr noch fortsetzen.

Schliesslich kann ich mir aus staatspolitischer Sicht eine Bemerkung nicht verkneifen: Die GPK musste einmal mehr feststellen, dass die Regierungsmitglieder peinlichst genau darauf bedacht sind, ja nicht in den Garten ihrer Kolleginnen und Kollegen zu treten. Das vergangene Jahr hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt. Es brauchte die Coronavirus-Pandemie, bis die Regierung wenigstens teilweise geeint auftrat. Es fehlt in der Tendenz fast komplett an einem ganzheitlichen Handeln und an einer Strategie unserer Regierung. Der Regierungsrat agiert kaum als Kollegialbehörde, sondern als Gremium von sieben Königreichen. Meine Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die Zeit des «Gärtli-Denkens» ist vorbei. Der Kanton Zürich mit seinen gut 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern braucht eine handlungsfähige, strategisch denkende Regierung, welche als Gesamtgremium agiert. Alles andere ist provinziell und passt ganz und gar nicht zu einem modernen Kanton Zürich. In diesem Sinn mein Appell an Sie, geschätzte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, nehmen Sie die Regierungsverantwortung als Gesamtbehörde, als Kollegialbehörde wahr. Ich danke Ihnen,

geschätzte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, dass sie diesen Appell befolgen werden, und Ihnen, meine Damen und Herren für Ihre Aufmerksamkeit.

*Manuel Kampus (Grüne, Schlieren):* Der Bericht der GPK ist auch in diesem Jahr wieder sehr umfangreich ausgefallen. Vier Prüfungen konnten abgeschlossen werden und fünfzehn sind noch am Laufen, denn die Arbeit geht nicht aus. Die GPK ist so vielfältig wie die Personen hier im Kantonsrat. Mein Fazit nach zwei Jahren: Es ist eine sehr anspruchsvolle und wichtige Tätigkeit. Der tiefe Einblick, den die GPK in die verschiedenen Geschäfte hat, ist spannend, wirft zum Teil aber auch Fragen, auch erschreckende Fragen auf. Spannend ist es, weil man sehen kann, wie Direktionen, Ämter und die Verwaltung funktionieren und zusammenarbeiten – an dieser Stelle einen grossen Dank für ihre engagierte und gute Arbeit –, und fragenaufwerfend, weil es Organisationsstrukturen gibt, die fast undurchsichtig sind, was die Oberaufsicht der GPK erschwert, ja beinahe verunmöglicht. Da frage ich mich schon: Weshalb wählt man solche Gebilde wie zum Beispiel das EPD? Ich erlaube mir, kurz auf die noch laufende Prüfung einzugehen:

Das Problem mit der Zertifizierung, was laut Axsana die Verzögerung der Einführung verursacht, wird nach dem klaren Nein zur E-ID (*in der Volksabstimmung vom 7. März 2021*) bestimmt nicht kleiner. Und diese Abstimmung hat auch gezeigt, dass die Bevölkerung sehr kritisch ist, was die Datenerhebung angeht, wer das macht und wer diese Daten verwaltet. Ein anderer wichtiger Punkt, damit das EPD zum Fliegen kommt, der aber noch offen ist, ist, wann das EPD eröffnet werden kann. Die GPK wird weiter genau hinschauen. Was ich aber lobend sagen kann: Regierungsrätin Natalie Rickli arbeitet lösungsorientiert und setzt sich für Zürich ein.

Für die Arbeit der GPK ist eine gute Zusammenarbeit mit der Regierung sehr wichtig, was eine offene Kommunikation bedingt, damit Vertrauen entstehen kann. Die GPK versteht ihren Auftrag nicht nur retrospektiv, sondern auch prospektiv. Dazu gehört das proaktive Informieren der Referenten und Referentinnen der entsprechenden Direktionen bei Vorfällen, Problemen oder Missständen.

Zum Schluss will ich mich bei den GPK-Mitgliedern, dem Sekretär und der Protokollführerin für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ein besonderer Dank gehört Daniel Hodel, der heute die letzte Sitzung im Rat hat. Er war mit seinem fachlichen Wissen und seiner grossen Erfahrung eine Bereicherung für die GPK. Ich wünsche ihm für seine weitere Tätigkeit viel Erfolg und Erfüllung.

*Daniel Hodel (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Besten Dank für die Gelegenheit, ein zweites Mal zu sprechen. Ich komme in meinem zweiten Votum nun auf die generelle Sicht auf den Kanton Zürich und die Oberaufsicht: Nach vielen Jahren GPK bin ich trotz meiner heute heftigen Einzelkritik in bestimmten Themen überzeugt, dass die Zürcherinnen und Zürcher über die wahrscheinlich beste Verwaltung der Welt verfügen. Und wir haben Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die tagtäglich Grosses leisten, die sich engagieren und mit grösster Verbindlichkeit im Dienste der Sache stehen. Und wir haben Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die sich in löblicher Weise vor ihre Belegschaft stellen und

dem Kanton einen guten Dienst erweisen wollen. Unser Problem ist, dass wir uns eine derartige Luxusverwaltung vermeintlich leisten können. Wenn ich die Entwicklungen in den letzten zehn Jahren betrachte, dann ist der Verwaltungsapparat überproportional gewachsen. Die Leistungen und Aufgaben haben sich derart ausgeweitet, dass einem schwindlig werden könnte. Das einzig Konstante ist, dass wir immer noch nur sieben Direktionen haben, ansonsten kommt mir der Apparat wie ein autopoietisches System vor: Wir vom Kantonsrat drehen zwar an kleinen Stellschrauben, das grosse Ganze, Selbsterhaltende verändern wir aber nicht. Unsere Magistratinnen und Magistraten kennen keine Effizienzprogramme, ganz im Gegenteil: Übungen wie Lü16 (*Leistungsüberprüfung 2016*) waren ja schon lächerlich, aber immerhin noch ein Versuch in die richtige Richtung. Das ist lange her. Seitdem wird nicht einmal mehr versucht, den hart erarbeiteten und dem Kanton abgetretenen Steuerfranken hoch effizient und äusserst zielgerichtet einzusetzen. Es wird geklotzt, nicht gekleckert. Der Kanton Zürich kann es sich ja leisten, zumindest noch. Nehmen wir als Beispiel das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*): So leistet sich der Kanton mit dem Segen des Parlaments einen Polizei- und Justizpalast, etwas, was die Grünliberalen schon früher kritisiert haben, bei dem der Preis, umgerechnet auf einen Quadratmeter derart hoch ist, dass keine marktwirtschaftlich orientierte Firma sich etwas nur annähernd Vergleichbares leisten könnte. Von Effizienzgewinnen hingegen ist kurz vor dem Einzug kaum mehr die Rede. Einige überlegen sich sogar, ob sie überhaupt in den Palast einziehen wollen.

Oder nochmals das Beispiel der Fachapplikation Justizvollzug: Es reicht nicht, dass bereits Millionen von Steuergeldern vom Vorgänger (*Altregierungsrat Martin Graf*) von Regierungsrätin Jacqueline Fehr verschleudert wurden, da werden auch die eigens in Auftrag gegebenen vernichtendsten Risikobeurteilungen hinsichtlich einer neuen Applikation in den Wind geschlagen, wir können es uns ja leisten. Ich frage mich, wie oft und wie lange noch.

Die Pandemie wirkt nun noch wie ein Verstärker. Der Staat kennt keine Krise. Der Staatsapparat wächst auch in der Krise, als gäbe es kein Morgen – oder ein Morgen mit einer endlosen Quelle mit Steuereinnahmen. Dass dem nicht so ist, wissen wir wohl alle. Der Kanton Zürich wird nicht darum herumkommen, ein neues, hoffentlich konsequenteres Leistungsüberprüfungsprogramm, als Lü16 das war, aufzulegen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Regierungsrat als Kopf der Organisation endlich auch ein Kostenbewusstsein entwickeln könnte. Bei sehr vielen Themen in der GPK haben wir leider das Gegenteil präsentiert bekommen. Dies sind meine letzten Worte auf dieser Bühne. Es bleibt mir Danke zu sagen den Mitgliedern der Regierung für die stets konstruktive und wohlwollende Zusammenarbeit auch mit kritischen Kantonsräten wie mir. Ein grosser Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Wie ich ausgeführt habe, leisten sie Grossartiges, wenn auch meiner Meinung nach die Aufgaben hinterfragt und etwas reduziert werden sollten. Ein herzliches Dankeschön an die Parlamentsdienste, die uns stets professionell unterstützt haben. Und Danke an alle meine Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsprüfungskommission, ich habe die Arbeit mit euch sehr geschätzt. Ich wünsche dem Kanton auch für die Zukunft

einen harten, fairen Diskurs über Exzellenz, Effizienz und den Umgang mit knappen Ressourcen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Lieber Daniel, wir werden dich später noch gebührend hier in diesem Rat verabschieden. Vielen Dank.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal:* Zuerst ein grosses Dankeschön an Daniel Hodel. Ich durfte viel von dir lernen. Und als Präsident hast du die GPK in der letzten Amtszeit exemplarisch geleitet. Jetzt wieder zum Mikromanagement:

Zwei Geschäftsfälle der GPK, welche noch nicht abgeschlossen sind, geben mir zu grösseren Unbehagen und Besorgnis Anlass. Ich möchte das hier darlegen: Der GPK-Präsident und die Referenten haben in ihren Voten auch darauf Bezug genommen und ihr Unbehagen und ihre Besorgnis dargelegt. Es sind zwei laufende Prüfungen zum Controllingkonzept und der Leistungsvereinbarung des Innovationsparks – diese Prüfung ist derzeit ausgesetzt – sowie die laufende Prüfung zum Projekt Fachapplikation Justizvollzug oder genannt JURIS X. Teilvorapplikationen sind unter RIS1 und RIS2 bekannt. Erlauben Sie mir dazu noch folgende Anmerkungen: Das Projekt Innovationspark hat unsere Kommission anlässlich mehrerer Sitzungen beschäftigt und wird die Kommission wohl noch weiter beschäftigen. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich vorab zum Ziel gemacht, die Steuerung beziehungsweise das Controlling der für den Innovationspark zuständigen und durch den Regierungsrat gegründeten Stiftung zu überprüfen. Zudem hat die GPK im Berichtsjahr Aufsichtseingaben behandelt, die das Projekt Innovationspark betreffen. Zur Würdigung des Controllingkonzepts erteilte die GPK der Finanzkontrolle einen besonderen Prüfungsauftrag. Ohne die fundierte Prüfungstätigkeit und die fachliche Beurteilung durch die Finanzkontrolle hätte sich die Geschäftsprüfungskommission kein umfassendes Bild von den Wirkungsmöglichkeiten oder den Wirkungsunmöglichkeiten des vorliegenden Controllingkonzepts und der vorliegenden Leistungsvereinbarung machen können. Und auch die Volkswirtschaftsdirektion hätte ohne diese Abklärungen der GPK nicht verlauten lassen, dass das überarbeitete Controllingkonzept und die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Innovationspark nach Abschluss der Beratungen in diesem Rat zu einem Verpflichtungskredit überprüft werden sollen. Die Frage, ob es nicht besser wäre, vor Abschluss der Beratungen in diesem Rat diese beiden Vereinbarungen zu überprüfen, lasse ich im Raum stehen. Denn nur aufbauend auf einem fundierten Controllingkonzept und einer soliden Leistungsvereinbarung können unnötige und grosse Kosten und enormer Ärger verhindert werden, sollte dann dieser Innovationspark einmal überhaupt zum Fliegen kommen.

Zur laufenden Prüfung der Projektrisiken einer neuen Finanzapplikation im Justizvollzug. Die Fachapplikation Justizvollzug, insbesondere die Applikation RIS1, RIS2 und jetzt FaJuV, haben über die Jahre mehrere Kommissionen beschäftigt. Viele Millionen wurden verlockt, ja, ein ehemaliger grüner Regierungsrat ist sogar über RIS2 gestolpert. Die von der Justizdirektion in Auftrag gegebene extern erstellte Risikoanalyse weist auf erhebliche Risiken des Projekts FaJuV



hin, welche die GPK mit grosser Besorgnis zur Kenntnis nimmt. Mit dem Start des Entwicklungsprojekts JURIS X anstelle der Einführung einer Standardapplikation, wie sie von der Justizdirektion im Beschaffungsverfahren eigentlich eingekauft worden war, hat sich aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission die Ausgangslage grundlegend verändert und es ist zu befürchten, dass das Projekt mit grossen Unsicherheiten und Risiken verbunden ist. Die Geschäftsprüfungskommission erwartet von der Justizdirektion eine lückenlose Information und Klärung der derzeit offenen Fragen, bevor unter anderem der Werkvertrag unterzeichnet wird. Meines Erachtens stellt sich nicht die Frage, ob dieses behördenübergreifende Projekt neu ausgeschrieben werden muss, sondern wann die Justizdirektion auf Übungsabbruch entscheidet, den Stecker zieht und dem Amt für Informatik den Lead für dieses grosse und aus verschiedenen Aspekten – auch Gründen der Akzeptanz durch die Anwender – sehr komplizierte Projekt überträgt. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme dieser Anmerkungen.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Das Wort aus dem Rat wird weiter nicht mehr gewünscht. Damit ist der Tätigkeitsbericht der GPK durchberaten.

Das Geschäft ist erledigt.